

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 28 (1949)
Heft: 6

Artikel: Stand und Entwicklungstendenzen des Reallohns in Deutschland
Autor: Müller, Karl H.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336202>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stand und Entwicklungstendenzen des Reallohns in Deutschland

Berlin, im Mai 1949.

Alles, was heute über die Zukunft Deutschlands gesagt und geschrieben wird, muß mit dem Vorbehalt versehen werden, daß noch keine sicheren Grundlagen für eine exakte Beurteilung vorliegen. Für Löhne und Preise, Einkommen und Investitionen, ja selbst für den Produktionsstand fehlt noch immer ein zuverlässiger Index. Die Untersuchung ist daher auf Teilangaben angewiesen, denen nur ein örtlich und zeitlich bedingter Wert zukommt. Trotz diesen objektiven Unsicherheitsfaktoren beginnen sich aber allmählich ziemlich deutliche Grundtendenzen der zu erwartenden Entwicklung abzuzeichnen.

Die gegenwärtige sozialökonomische Situation in Deutschland läßt sich vielleicht am besten charakterisieren, wenn man ihr — im übertragenen Sinne — den Begriff der «ursprünglichen Akkumulation» zugrundelegt. Die Kapitalvernichtung während und nach dem Kriege war so ungeheuer und die Möglichkeiten für eine grundlegende Veränderung der ökonomischen Struktur («Reagrarisierung») sind so gering, daß — bei Aufrechterhaltung der Währungsstabilität — als einziger Ausweg die forcierte Kapitalbildung offenbleibt. Diese wiederum kann infolge des bekannten Mangels an einheimischen Rohstoffen sowie der verschärften internationalen Konkurrenzbedingungen im wesentlichen nur auf Kosten des einzigen, im Überfluß vorhandenen Potentials, der menschlichen Arbeitskraft, erfolgen. Auch ein Einfließen größerer ausländischer Kredite würde an dieser Tatsache grundsätzlich nichts ändern, es sei denn, diese Kredite würden à fonds perdu gewährt, eine Chance, die für Westdeutschland aus machtpolitischen internationalen Beweggründen nicht ganz von der Hand zu weisen ist, dagegen für Ostdeutschland wegen der wirtschaftlichen Schwäche Rußlands kaum im Bereiche des Möglichen liegt.

Über den derzeitigen Stand des *Reallohns* in Westdeutschland unterrichten mehr oder weniger exakte Berechnungen für einzelne Länder sowie grobe durchschnittliche Gesamtschätzungen, die aber durch die jüngste Entwicklung bereits zum Teil überholt sind. Der von der Abteilung Handel und Industrie im Zweimächte-Kontrollamt veröffentlichte Index für die Lebenshaltungskosten in der Bizone beträgt für Februar 1949 143,7 (1938 = 100).

Das wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften ist jedoch im Dezember 1948 auf Grund sorgfältiger Untersuchungen zu einer Indexziffer von 180 für September 1948 (damaliger amtlicher Index: 141) gelangt. Die starke Differenz ergibt sich aus der Berücksichtigung der tatsächlich gezahlten Preise sowie durch eine Berichtigung der Gewichte innerhalb einzelner Gruppen. Die außerordentliche Problematik derartiger Berechnungen im gegenwärtigen Zeitpunkt erhellt nachstehende Tabelle, die die Ausgaben für wichtige Nahrungsmittel und die verbrauchten Mengen 1928, 1937 und September 1948 je Tag und Vollperson im Durchschnitt aller Arbeiterhaushaltungen enthält.

Warenart	1928 ¹		1937 ¹		1948 ²	
	Menge g	Wert Rpt	Menge g	Wert Rpf	Menge g	Wert Dpf
Fette insgesamt	64,8	14,5	54,6	10,3	25,5	11,8
Käse	13,0	3,0	13,0	2,0	10,9	3,1
Fleisch und Fleischwaren	126,8	30,0	101,6	20,0	22,3	7,5
Fisch insgesamt	18,1	2,0	19,0	2,0	40,8	5,9
Nährmittel	67,1	5,0	50,7	3,0	106,2	8,5
Brot insgesamt	290,4	15,0	317,0	11,0	353,9	17,7
Zucker	45,5	3,0	41,4	3,0	42,1	5,1
Kartoffeln	420,8	6,0	455,1	3,0	653,6	7,4

¹ Reichsdurchschnitt. ² Britische Zone.

Die Gegenüberstellung der verbrauchten Mengen zeigt eindringlich, in welchem Maße eine effektive Senkung des Lebensstandards eingetreten ist. Es ist klar, daß jedermann bestrebt ist, die unzulänglichen Rationen durch Käufe auf dem *Schwarzen Markt*, dessen Preise auch heute noch ein Vielfaches der normalen betragen, aufzubessern. Und wenn jetzt die Rationen allmählich steigen, werden sich auch die Ausgaben entsprechend erhöhen, was natürlich nur auf Kosten anderer Verbrauchsposten möglich ist. Bei diesen ist aber die Vergleichsrelation gegen früher noch weitaus ungünstiger. Für Anschaffung und Instandhaltung von Wäsche und Kleidung zum Beispiel wurden im September 1948 je Kopf 12,65 DM ausgegeben, was etwa dem Stande von 1928 und 1937 entsprach. Während man aber damals ein Paar Herrenschuhe oder zwei Oberhemden dafür kaufen konnte, reichte im September 1948 der Betrag nur für ein Drittelpaar Schuhe oder ein halbes Oberhemd. Dieses Verhältnis hat sich durch inzwischen eingetretene Preissenkungen etwas verbessert, fällt aber angesichts der annähernd gleichgebliebenen Nominallöhne aus der Vorkriegszeit kaum ins Gewicht.

Nach der amtlichen Berechnungsmethode betrug der durchschnittliche Reallohn in der Bizone im Dezember 1948 92 Prozent des Standes von 1938; das wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften dagegen beziffert ihn auf nur 70 Prozent. Dabei gilt es zu beachten, daß auch in dieser

Schätzung all die unwägbareren Faktoren nicht berücksichtigt sind, die im heutigen Deutschland den täglichen Existenzkampf besonders erschweren und einen zusätzlichen körperlichen und geistigen Kraftaufwand erforderlich machen: Fehlen oder Knappheit notwendiger Bedarfsartikel; schlechte Wohn- und Verkehrsverhältnisse; materielle Substanzverluste und äußerst geringe Reserven; Unterstützung von arbeitsunfähigen Familienangehörigen, Flüchtlingsverwandten usw.; Minderung der allgemeinen Leistungs- und Widerstandsfähigkeit und ähnliches mehr. Im übrigen spiegelt der Vergleich der heutigen Daten mit früheren deutschen Daten (insbesondere denen von 1938!) die tatsächlichen Verhältnisse in jedem Falle nur sehr unvollkommen wider. Ein wirklichkeitsnahes Bild ergibt erst der internationale Vergleich. Die «Wirtschaftszeitung», Stuttgart, hat den dankenswerten Versuch unternommen, die Stundenleistung eines Arbeiters für bestimmte Verbrauchsgüter zu errechnen und kommt dabei zu folgendem Ergebnis.

Güter	Einheit	USA	Arbeitsstunden	
			Schweiz	Westdeutschland
Brot	1 kg	0,21	0,28	0,44
Mehl	1 kg	0,15	0,34	0,35
Zucker	1 kg	0,15	0,48	0,98
Kartoffeln	1 kg	0,07	0,14	0,17
Rindfleisch	1 kg	1,28	1,94	1,60
Schweineschmalz	1 kg	0,46	1,71	2,71
Butter	1 kg	1,41	4,08	4,27
Eier	1 Stück	0,05	0,15	0,42
Herrenanzug	1 Stück	21,07	68,80	108,33
Herrenhemd	1 Stück	2,14	12,40	15,42
Knabenanzug	1 Stück	5,71	40,40	45,00
Straßenschuhe	1 Paar	6,43	13,36	27,92
Damenstraßenschuhe	1 Paar	5,00	10,60	35,00
Kinderschuhe	1 Paar	3,21	7,90	18,33
Arbeitsanzug	1 Stück	7,50		55,00
Damenkleid	1 Stück	4,64		38,33
Herrensocken	1 Paar	0,71	2,44	5,42
Damenstrümpfe	1 Paar		2,60	10,00
Schuhreparatur	besohlen		5,28	9,17
Zigaretten	20 Stück	0,07	0,40	2,00
Bohnenkaffee	1 kg	0,44	1,84	21,67
Bienenhonig	1 kg	1,28	3,12	6,00
Herrenhut	1 Stück	5,00	12,00	29,17
Damenwintermantel	1 Stück	21,43		91,67

Welches sind nun die Aussichten für die weitere Entwicklung des Reallohns in Westdeutschland? Von amtlicher Seite wird geltend gemacht, daß bei Aufrechterhaltung des bestehenden Nominallohniveaus eine allmähliche Besserung durch allgemeine Preissenkungen eintreten werde. Summarische

Indexangaben scheinen diese These zu bestätigen. Bei näherem Zusehen stellt man jedoch fest, daß die bisherigen Preissenkungen im wesentlichen auf die Gruppe der Luxusgüter beschränkt geblieben sind und die Preise für Massenartikel nach Aufhebung des Preisstopps zum Teil sogar angezogen haben. Luxusschuhe zum Beispiel sind in den letzten Monaten von 100 auf rund 70 DM heruntergegangen, gewöhnliche Straßenschuhe aber von 20 auf 30 DM und mehr angestiegen. Kostbares Tafelservice ist billiger, einfaches Geschirr aber um mehr als die Hälfte teurer geworden. Es ist natürlich anzunehmen, daß mit fortschreitender Rationalisierung der Produktion auch die Herstellungskosten der Massengüter sinken werden, dafür aber droht ein anderes Moment die optimistischen Erwartungen der liberalistischen Wirtschaftsführung zuschanden zu machen. In absehbarer Zeit wird nämlich eine kräftige Erhöhung der Preise für notwendige Lebensmittel unumgänglich werden. Einmal entsprechen die jetzigen amtlich festgesetzten Preise nicht den tatsächlichen landwirtschaftlichen Erzeugungskosten, zum andern hat die amerikanische Militärregierung angekündigt, daß ab 1. Mai die Einfuhr von Nahrungsmitteln, Saatgut und Düngemitteln zum Weltmarktpreis (statt der bisherigen niedrigeren Ausnahmepreise) verrechnet werden muß. Die Gefahren, die hieraus für das gesamte Wirtschaftsgefüge erwachsen, können kaum überschätzt werden. Schon heute zeigt der Markenrücklauf bei den Ernährungsämtern, daß eine wachsende Zahl von Menschen nicht mehr in der Lage ist, die Rationen voll zu kaufen. In diesem Zusammenhang fällt auch ins Gewicht, daß der Anteil der monatlichen Arbeitseinkommen mit weniger als dem Durchschnitt von 220 DM auf 50,1 Prozent gegenüber 38,1 Prozent im Jahre 1928 gestiegen ist. Der allgemeine Proletarisierungsprozeß, dem die deutsche Gesellschaft unterworfen war und ist, läßt einen nur geringen Spielraum für den Ausgleich des Defizits im einzelnen Verbraucherhaushalt.

Die westdeutschen Gewerkschaften stehen vor einem schweren Dilemma. In der letzten Zeit hat es von allen Seiten Belobigungen für ihre vernünftige und besonnene Haltung geregnet, die von den verantwortlichen Arbeitervertretern mit ohnmächtigem Grimm quittiert werden. Der unausweichliche Zwang zur Kapitalakkumulation, die wachsende Arbeitslosigkeit und die leeren Gewerkschaftskassen machen den Kampf um allgemeine Lohnerhöhungen zurzeit nahezu aussichtslos. Fritz Tarnow, der Sekretär des Zweizonen-Gewerkschaftsrats, gab dies vor einiger Zeit indirekt zu, indem er unter Hinweis auf die verhängnisvolle Lohn-Preis-Spirale sagte, daß niemals zuvor die Lohnfrage mit der wirtschaftlichen Gesamtordnung so eng verbunden gewesen sei wie heute. Und es ist keineswegs so, daß die Zurückhaltung in der Lohnfrage von der Gewerkschaftsführung diktiert oder besonders populär

gemacht werden muß; die Masse der Arbeiterschaft fühlt instinktiv die Unentrinnbarkeit der gegenwärtigen Situation. Daher auch der geringe Erfolg der kommunistischen Agitation. Nicht übersehen werden darf ferner, daß im Vergleich zu der Zeit vor der Währungsreform ja tatsächlich eine Verbesserung der allgemeinen Lebenslage eingetreten ist. Wie sich die oben angedeuteten kommenden Preissteigerungen auswirken werden, bleibt abzuwarten. Sie können eine stärkere Radikalisierung im Gefolge haben, aber einem erfolgreichen Lohnkampf werden nach wie vor die objektiven volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten entgegenstehen.

Der oben geschilderte verhängnisvolle Kreislauf, in den die deutsche Wirtschaft eingeschlossen ist, vermag allein durch eine beträchtliche Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität gesprengt zu werden. Da infolge des Kapitalmangels der technischen Rationalisierung sehr enge Grenzen gesetzt sind, wird die notwendige Leistungssteigerung im wesentlichen auf dem Wege über eine verstärkte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft erfolgen müssen. Von Unternehmerseite wird in diesem Zusammenhang gern darauf hingewiesen, daß der Index der Produktion je Arbeitsstunde noch weit unter dem Vorkriegsstand liegt. Den Berechnungen des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften zufolge betrug er Ende 1948 88 (1928 = 100) gegenüber 122 im Jahre 1938. Es wäre jedoch irrig, anzunehmen, daß dieser Rückgang allein auf den menschlichen Faktor zurückzuführen sei. Die verminderte Leistungsfähigkeit beruht in mindestens ebenso starkem Maße auf der schlechten technischen Ausrüstung der deutschen Industrie, deren Erneuerung wieder vom Tempo der Kapitalbildung abhängt. Angesichts dieser Sachlage macht man sich wohl keiner unbegründeten Schwarzseherei schuldig, wenn man die Perspektiven für die Entwicklung des durchschnittlichen Reallohns sehr trübe beurteilt.

Für die nächste Zukunft ist kaum mit einer Besserung, eher mit einer Verschlechterung zu rechnen.

Für die *russische Zone* gilt trotz der ganz anders gearteten Wirtschaftsstruktur das gleiche. Die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten lassen sich nicht überlisten. Der Prozeß der «ursprünglichen Akkumulation» wird hier nur hinter dem Schleier einer sich sozialistisch gebärdenden Wirtschaftspolitik verborgen.

Die immer sorgfältigere Geheimhaltung des wirtschaftsstatistischen Materials macht es unmöglich, zahlenmäßige Schätzungen über den Stand des Reallohns in Ostdeutschland zu geben. Nominallöhne und Preise für rationierte Waren bewegen sich im großen ganzen auf dem westdeutschen Niveau. Eine gewisse Vergünstigung ergibt sich lediglich aus dem in den größeren

Betrieben gewährten markenfreien und billigen Kantinenessen, dessen Qualität im Durchschnitt allerdings sehr zu wünschen übrig läßt (meist nur fett- und fleischlose Gemüsesuppen). Die schwere Benachteiligung der Arbeitnehmer in der Ostzone liegt in den besonderen Verhältnissen des freien Marktes begründet. Der freie Handel ist hier nach russischem Muster fast ausschließliches Monopol der Staatsläden und eine zusätzliche staatliche Einnahmequelle. Die Lieferfirmen dürfen im allgemeinen nur die Stopp-Preise von 1944 berechnen. So erhalten die Staatsläden zum Beispiel Herrenschuhe zum Preise von 15,10 Mark und verkaufen sie für rund 200 Mark; die Chemnitzer Textilindustrie liefert ein Dutzend Paar Damenstrümpfe für 7,50 Mark, die Staatsläden kassieren für ein Paar 35 Mark. Natürlich muß ein erheblicher Teil dieser Riesengewinne zur Subventionierung der volkseigenen Betriebe verwendet werden, aber auch der endgültige Reingewinn dürfte noch recht ansehnlich sein. Die Zeche zahlt auf jeden Fall der Verbraucher. Der unsoziale Charakter dieser Freihandelspraxis besteht jedoch vor allem darin, daß sie sich auch auf die notwendigsten Lebensmittel erstreckt. Ein Zentner Kartoffeln kostet 20 bis 30 Mark, im Westen zurzeit 4 bis 5 Mark (bei gleicher Nominallohnhöhe!). Im übrigen muß bemerkt werden, daß die staatliche Preisfestsetzung keineswegs völlig willkürlich erfolgt. Sie orientiert sich vielmehr sehr sorgfältig an der freien Konkurrenz, dem Schwarzen Markt, der auch in dieser pseudosozialistischen Planwirtschaft die ökonomische Funktion des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage erfüllt. Das Preissystem der Ostzone ist darum der zuverlässigste Gradmesser für alle Arten von sozialökonomischen Vergleichen mit den westdeutschen Verhältnissen.

Im Unterschied zur westdeutschen Arbeiterschaft ist die ostdeutsche der Sorge um die Auffindung einer geeigneten Lohnkampfstrategie enthoben. Nach der Abschaffung der Betriebsräte und deren Ersetzung durch die sogenannten «Betriebsgewerkschaftsleitungen», die von der staatlichen Gewerkschaftszentrale ernannt werden, ist jede Möglichkeit zu freier, selbständiger Einflußnahme auf die Lohngestaltung geschwunden. Und wie in Westdeutschland die Unternehmer, so ruft in der Ostzone der Staat den Arbeitern zu: Leistungssteigerung über alles! Es begann zunächst mit der Einführung des sogenannten progressiven Leistungslohnes, der — der Propaganda zufolge — den Weg zu nahezu unbegrenzten Verdienstmöglichkeiten freimachen sollte. Rückblickend läßt sich mit Sicherheit sagen, daß es sich dabei um ein bewußtes Manöver handelte, das nur dazu diente, festzustellen, welche Reserven in den bestehenden Akkordsätzen noch verborgen lagen. Ein deutscher Stachanow, Adolf Hennecke, wurde gefunden, der nach bewährter Methode mit einer mehr als achtfachen Normalleistung den Grundstein legte für die

Entfaltung einer breiten Aktivistenbewegung. Was jahrelang den Stoppuhren der hartnäckigsten Refa-Leute widerstanden hatte, schmolz nun hin wie Schnee in der Sonne. Schon nach einem halben Jahr mußten die Arbeiter aber erkennen, daß der progressive Leistungslohn nur ein Lockmittel gewesen war, um sie zur stärkeren Verausgabung ihrer Arbeitskraft zu veranlassen. (Erfahrene alte Gewerkschafter hatten das vorausgesehen, und in manchen, meist kleineren Betrieben, in denen ein starker innerer Zusammenhang der Belegschaft bestand, wurde ihre Warnung beachtet, Disziplin gehalten und so die bestehenden Akkordzeiten gerettet.) *Systematisch geht man nun dazu über, die Spitzenleistung zur Norm zu erklären.* Die Kursänderung wurde bezeichnenderweise von der russischen Besatzungsmacht selbst offiziell angekündigt. Ende Dezember 1948 wandte sich der Chef der Abteilung für Arbeitskräfte bei der Sowjetischen Militär-Administration in dem Organ der Sowjetarmee «Die Tägliche Rundschau» gegen den progressiven Leistungslohn, weil er «ungewöhnlich kostspielig» sei, zu «unverhältnismäßig großen Lohnerhöhungen» und eine «unverhältnismäßig großen Erhöhung der Selbstkosten» führe, so daß die Rentabilität der volkseigenen Betriebe gefährdet werde. Die kommunistische und vor allem die Gewerkschaftspresse wendet heute noch alle nur möglichen dialektischen Spitzfindigkeiten auf, um dem Arbeiter klar zu machen, daß die Steigerung der Produktivität in seinem ureigensten Interesse liege. Der Roßtäuschertrick des progressiven Leistungslohns hat jedoch bei den Betroffenen ein bitteres Gefühl hinterlassen und ihr Mißtrauen gegen die kommunistischen Methoden verschärft. Dem großen Durchschnitt der Lohnempfänger erscheint auch die Tatsache der Ausbeutung wichtiger als die Frage nach der Person des Ausbeuters. Der westdeutsche Kapitalismus übt zurzeit unstreitig eine größere Anziehungskraft aus als der sozialistische Osten. Angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Ostzone wird sich an diesem Zustand auch in nächster Zukunft kaum etwas ändern.

Anmerkung der Redaktion: Dieser Aufsatz ist vor Aufhebung der Berliner Blockade geschrieben worden.